



MARTHA STOCKER

# DIE PAKET- SCHLACHT

Ringen um die richtige Entscheidung  
in der Südtirolfrage

ATHESIA



Die Drucklegung dieses Buches wurde ermöglicht durch die Südtiroler Landesregierung / Abteilung Deutsche Kultur.

BIBLIOGRAFISCHE INFORMATION DER DEUTSCHEN NATIONALBIBLIOTHEK

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet abrufbar:

<http://dnb.d-nb.de>

2019

Alle Rechte vorbehalten

© by Athesia Buch GmbH, Bozen

Umschlagfoto: Dolomitenarchiv

Design & Layout: Athesia-Tappeiner Verlag

Druck: Cierre Grafica, Caselle di Sommacampagna

ISBN 978-88-6839-431-8

[www.athesia-tappeiner.com](http://www.athesia-tappeiner.com)

[buchverlag@athesia.it](mailto:buchverlag@athesia.it)

MARTHA STOCKER

# DIE PAKET- SCHLACHT

Ringen um die richtige Entscheidung  
in der Südtirolfrage



**ATHESIA** VERLAG

# Inhalt

Prolog .....	9
<b>Wie es dazu kam – der lange Weg, den man eigentlich nicht gehen wollte</b> .....	<b>10</b>
Das Unfassbare geschieht .....	11
Und es bleibt dabei: Das Selbstbestimmungsrecht wird wieder verweigert .....	13
Die „In-Gottes-Namen“- und nicht die „Gott-sei-Dank“- Autonomie sowie der Perassi-Brief und die Folgen .....	18
Welche Umstände führen zum Perassi-Brief? .....	20
Der „Todesmarsch“ und die Politik der 51 Prozent .....	23
Zurück und vorwärts auf „Los“ .....	28
Südtirol vor der UNO und wieder die Selbstbestimmung .....	32
Selbstbestimmung und Selbstregierung .....	33
„Die italienische Regierung soll ein Referendum machen“ (Alfons Benedikter) .....	34
Die Landesversammlungen von 1960 und 1961 und das Selbstbestimmungsrecht .....	36
Exkurs zur Selbstbestimmung als ein allen Verträgen übergeordneter Rechtsgrundsatz – die Diskussion zur Selbstbestimmung in den 1980er Jahren und bis 1992 .....	37
„Wir sind auf der Tagesordnung, und das ist schon ein großer Erfolg“ .....	40
Die 19er-Kommission .....	44
Was wäre gewesen, wenn das 1. Autonomiestatut verständnisvoller umgesetzt worden wäre? .....	45
Das Ziel ist klar: Landesautonomie – aber welche? .....	47
Etappensiege und immer wieder „Sand im Getriebe“ .....	49
Das Kreisky-Saragat-Paket und die Wiederaufnahme der bilateralen Gespräche .....	49
Die entscheidenden Märzsitzungen im Jahre 1967 .....	54
Die Grundsatzentscheidung: Gehen wir in Vorleistung? .....	54
Die Resolution vom 23. März 1967 .....	57
Die Gruppe um Peter Brugger formiert sich endgültig: „[...] nach reiflicher Überlegung [...]“ .....	62

„Viel Ungereimtes oder Wer hat die Wahrheit gesagt?“ – Schlagabtausch mit Hans Dietl .....	63
Eine wirksame internationale Verankerung – der Parteiausschuss vom Oktober 1967 .....	67
<b>Die Zeit ist reif – die Landesversammlung vom November 1969 .....</b>	<b>68</b>
Die Vorbereitungen für den Countdown .....	69
Die Geheimgespräche der Befürworter ... ..	75
... und der Gegner .....	76
Die Einladungen und der Bittgottesdienst .....	78
Die Überforderung oder Wer soll entscheiden? .....	82
Der Beginn des Tages .....	87
Die Ermahnungen des Vorsitzenden Robert von Fioreschy .....	93
Es redet der „Hausher“ .....	94
Was die Landesversammlung bewegt .....	97
Grundbefindlichkeiten, Grundstimmungen und Unsicherheiten .....	99
„Wir haben damit wohl die größte Verantwortung, die je ein Ortsobmann gehabt hat“ (Valentin Watschinger) .....	99
Was, wenn Magnago die Abstimmung verliert? „Den Ortsobmännern war ich eine Antwort schuldig“ (Silvius Magnago) .....	103
„Bruder Mitolo“ und das Zusammenleben .....	104
Mut als Tiroler Eigenschaft und vom Mut zum Ja- und Neinsagen .....	107
Von Vertrauen und Misstrauen .....	109
„Vertrauen in uns selbst“ .....	113
Vertrauen in die Jugend – Verantwortung der Jugend .....	115
Die Maßnahmen des Pakets .....	118
Die strittigen Themen .....	121
Zuwanderung und Arbeit: „Landflucht bei uns ist die Flucht aus dem Lande“ (Peter Brugger 1958) .....	121
„Unsere Tüchtigkeit muß entscheiden“ (Robert Kaserer) .....	122
„[...] wenn sich diese beiden nicht einigen, entscheidet der Innenminister“ (Alfons Benedikter) .....	123
Die Optimisten und die Pessimisten (Roland Riz) .....	124
„Dort, wo wir drinnen sitzen, kann kein anderer mehr drin sitzen“ (Silvius Magnago) .....	126

Bildung und Schule sind das Fundament jeder Eigenständigkeit und Identität .....	129
Die Haushaltsgarantie und Aitut Alpin .....	132
Was war nun diese Bilanzgarantie und warum fürchtete man diese damals so sehr? .....	132
Die verschiedenen Garantien und der „Kuhhandel“ (Joachim Dalsass) .....	134
Was ist so schlecht am „Kuhhandel“? .....	136
„Ich habe gar keine Angst vor der Gerechtigkeit“ (Silvius Magnago) .....	138
Und schließlich: die Verfassungsänderung zu den Ladinern .....	139
Fernsehen: „[...] weil Italien kein Interesse an der geistig kulturellen Blutzufuhr aus unserem Mutterraum hat [...]“ (Hans Benedikter) .....	140
Alpenverein und Schutzhütten: „Man hat uns diese Hütten gestohlen“ (Ossi Ellecosta) .....	145
Das emotionalste Thema – Häftlinge: „Jetzt pack ich einmal aus und ich muß auspacken [...]“ (Silvius Magnago) .....	148
Es hat sich einiges angehäuft .....	149
Und nun packt Magnago aus .....	151
Name, Fahne, Wappen, Schloss Tirol und „nationales Interesse“ .....	156
Die Paketgegner – eigentlich Regionalisten? .....	160
Wie ist diese Haltung begründbar? .....	161
Rückkehr in die Region: Ja, aber nur mit einem Ja! .....	164
Die internationale Absicherung – die Verankerung der Paketmaßnahmen ..	166
Der Kreisky-Saragat-Kompromiss und der Operationskalender .....	167
„Der ganze Operationskalender besteht aus Mißtrauen“ (Friedl Volgger) .....	168
Was bedeutet dieser Operationskalender aus der Sicht der Paketgegner? .....	169
Paketbefürworter: Was bleibt aufrecht und was bedeutet somit der Operationskalender? .....	172
Und: Was ist nun wirklich mit der Verankerung? .....	176
Die Landesversammlung 1992 und die Absicherung .....	176
Die AKB und die Streitbeendigung .....	181
Die Eile: „[...] denn sonst geht uns die Partei vor die Hunde“ (Silvius Magnago) .....	182
Es geht nicht um Personen – und doch .....	188
Eine Frau und 52 Männer .....	190

Argumente für das Ja und das Nein –	
Das Paket in der Beurteilung der Delegierten .....	191
Von der Magna Charta zu Paket und Operationskalender .....	192
Alfons Benedikter und Karl Mitterdorfer .....	192
Der Ortsjugendreferent und der Ortsobmann .....	194
Der Stadtler und der Mann vom Lande .....	195
Der junge Grödner und der Pusterer mit Risikobereitschaft .....	196
Der durch Erfahrung Misstrauische und der Wagemutige .....	197
Der arrivierte Rechtsanwalt und sein Schüler .....	198
Und zum Schluss noch viele überzeugte Neinsager:	
„[...] ich weigere mich zu sagen, es gibt keine Alternative [...]“	
(Hans Benedikter) .....	201
Und doch noch einige zustimmende Stimmen:	
„Wir müssen einen Sinn für Maße haben“ (Josef Mair-Jenner) .....	205
Die Stellungnahmen der Kontrahenten .....	206
„Die Vernunft allein genügt nicht, denn sie kann nicht	
zur mutigen Tat begeistern, wenn sie allein ist“ (Peter Brugger).....	206
„[...] ich habe gemolchen und gemolchen,	
was nur gegangen ist [...]“ (Silvius Magnago) .....	208
Die Abstimmung und das Ergebnis .....	212
Die Versöhnungsgeste .....	216
Insider von außen: „Trotz der augenscheinlichen Fragilität	
dieses Ergebnisses [...]“ (Viktoria Stadlmayer) .....	218
Die Zeit war reif, und Magnago hat recht bekommen .....	220
<b>Der Weg geht weiter: Ausklang und Auftrag .....</b>	<b>222</b>
<b>Was kann die Geschichte Südtirols und das Jahr 1969</b>	
<b>an Haltungen mitgeben? .....</b>	<b>232</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>236</b>
Die Redner auf der Paket-Landesversammlung .....	236
Das Südtirol-Paket .....	241
„Maßnahmen zugunsten der Bevölkerung Südtirols“ .....	241
Literatur .....	266
Bildnachweis .....	272

*„Der Sieg des Verständigungswillens über das Misstrauen“*  
(Erich Müller)

## Prolog

2019 war für Südtirol im historischen Rückblick ein schwieriges Jahr. Es war ein Jahr des Bedenkens, wie aus einer Ungerechtigkeit durch den Selbstbehauptungswillen der Volksgruppen der Rahmen für eine europäische Vorzeigeregion geschaffen wurde.

1919 war der Abschied vom Vaterland Österreich-Ungarn, das es so nicht mehr gab. 1939 steht für die Zerreißung der Volksgruppen in Dableiber und Geher in der Zeit der Option, eine Entscheidung, die nur ein Entweder-oder kannte, entweder für Sprache und Kultur oder für die Heimat. 1969 schließlich steht für eine neuerliche Zerreißprobe, weil es letztlich auch die Entscheidung für die innere Selbstbestimmung war. Es war damals wohl der einzig mögliche Weg. Die äußere Selbstbestimmung, die Rückkehr zu Österreich, war zweimal nach Kriegen untersagt worden: 1919 und 1946. So war es ein gewaltiger Schritt, den man 1969 mit der Zustimmung zum Paket tat, einem Versprechen zur besseren Eigengestaltung, bestehend aus 137 Maßnahmen. Dies auch, da man damals ja noch nicht davon ausgehen konnte, dass der Staat tatsächlich umsetzt, was versprochen worden war. Auch konnte man die Möglichkeiten, die sich in der Umsetzung schließlich doch einstellten und nutzen ließen, nur erahnen. Vor allem konnte man damals nur hoffen, dass eine entspannte Atmosphäre neue Möglichkeiten eröffnen und einiges zulassen würde, was man in der Zeit der Anspannung nicht für möglich gehalten hatte. Dieses Buch versucht nachzuzeichnen, wie schwierig es für die Protagonisten 1969 gewesen ist, diesen Weg zu gehen, schließlich Ja zu sagen zu einer auch unvollständigen, der 2. Autonomie, welche Bedenken es dagegen gegeben hat und warum. Dass es diesmal zu keinem Zerreißen der Volksgruppen kam, sondern dass man miteinander, Paketbefrworter und Paketgegner, an der Umsetzung der Autonomie gearbeitet hat, ist das große Geschenk für die Volksgruppen, aus dem eine Verpflichtung für uns und die nachkommenden Generationen erwächst.

**WIE ES DAZU KAM – DER LANGE  
WEG, DEN MAN EIGENTLICH NICHT  
GEHEN WOLLTE**



## Das Unfassbare geschieht

Die Männer, die sich am 13. Oktober 1918 in Brixen zum Tiroler Volkstag zusammenfinden, können sich das, was mit Kriegsende passiert, nicht wirklich vorstellen, nämlich, dass Südtirol zu Italien kommt. Sie appellieren an den österreichischen Kaiser Karl, dass die ungeteilte Einheit Tirols (einschließlich Welschtirol/Trentino) erhalten bleibe. Zumindest aber solle dafür gesorgt werden, dass „kein deutsches oder ladinisches Dorf jemals in die Hände unseres Erbfeindes falle“<sup>1</sup>. Dass das Unfassbare geschehen könnte, ist auch insofern schwer vorstellbar, da das 14-Punkte-Programm von US-Präsident Wilson unter Punkt 9 die „Berichtigung der Grenzen Italiens gemäß den klar erkennbaren Nationalitätenlinien“ vorsieht. Hintergrund dafür, dass es dann anders kommt, ist der Londoner Geheimvertrag, aufgrund dessen Italien auf der Seite der Entente in den Krieg eingetreten ist. Auf die Risorgimento<sup>2</sup>-Tradition, die auf der Zustimmung der Bevölkerung aufbaut, wird diesmal verzichtet. Dies erklärt sich aus dem zu erwartenden klaren Ergebnis, das nicht einmal im Trentino sicher eine Mehrheit für Italien erbracht hätte.<sup>3</sup>

Unmittelbare Versuche, doch das Selbstbestimmungsrecht in Form einer Abstimmung oder zumindest etwas an Eigenständigkeit zu erreichen, schlagen fehl, und so kommt Südtirol 1919 ohne weitere Verpflichtungen seitens Italiens mit dem Friedensvertrag von Saint-Germain zu Italien. Wenn es anfänglich auch noch nach Gestaltungsspielräumen ausgesehen hat, so waren diese schnell verpufft. Und: Es sollte alles noch viel schlimmer kommen.

1 Bozner Nachrichten vom 16. Oktober 1918, S. 1.

2 „Wiedererstehung“, Periode zwischen 1815 und 1870 sowie Bewegungen in Italien, welche die Vereinigung Italiens zum Ziele hatten.

3 Martha Stocker: *Austriacanti und Irredentisten im Trentino vor und während des Ersten Weltkrieges*, in: *Tirol vor und im Ersten Weltkrieg, Begleitbuch zur Wanderausstellung*, hg. vom Südtiroler Schützenbund, o. O. 2005, S. 89–105.

# Bozner Nachrichten

Die Bezugsgebühren betragen:  
zum Abholen: monatlich Lire 2.00.  
Bei Zustellung ins Haus: monatlich Lire 2.70.  
Mit Beibehaltung im besetzten Gebiete  
zu Königlich Italien: monatlich Lire 2.90.  
Für Werbzettel und das obige Anzei-  
gen: monatlich Lire 2.00 zum Schweizer Kurs.

mit  
**Allgemeinem Anzeiger.**  
Schriftleitung und Verwaltung Bozen,  
Ballarplatz N. 16.

Voll-Rundbogen  
Stanznummer 30 Centesimi.  
Anzeigen billig nach Tarif. Jedes selbsteingeschickte  
Kortex nimmt Beifügung entgegen.  
Die fortlaufende Annahme des Blattes gilt als  
Ehrenanerkennung.  
Wochenpreis täglich abends 5 Uhr.

Nr. 232

Sonntag, 10. Oktober 1920

28. Jahrg.

## Südtiroler!

Mit dem heutigen Tage ist die Einverleibung Südtirols in das Königreich Italien vollzogene Tatsache. Damit ist das alte Land Tirol in zwei Teile zerrissen. Südtirol ist das Opfer des Friedensvertrages geworden, der uns trotz des feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrechtes von unseren Volksgenossen losreißt.

Wir Südtiroler haben die unerschütterliche Hoffnung, daß der Tag kommen wird, an welchem uns Gerechtigkeit und weitschauende Politik die nationale Befreiung bringen werden.

Südtiroler! Aufrecht wollen wir den heutigen Tag über uns ergehen lassen! Wir fordern Euch auf, jede Ungeselligkeit zu vermeiden und mit Ruhe und Würde das Schicksal zu ertragen!

Südtirol, 10. Oktober 1920.

Die deutschfreihheitliche Volkspartei in Südtirol  
Die sozialdemokratische Partei in Südtirol  
Die Tiroler Volkspartei.

Hoffnung auf eine bessere Zukunft

Inzwischen aber bleibt die Hoffnung aufrecht, und man nährt sie. Dies kommt im Dokument vom 10. Oktober 1920, dem Tag der endgültigen Einverleibung Südtirols in den italienischen Staat, zum Ausdruck, welches von allen damaligen Parteien, der deutschfreiheitlichen Volkspartei, der sozialdemokratischen Partei in Südtirol und der Tiroler Volkspartei unterzeichnet ist. Dort gibt man sich zuversichtlich: „Wir Südtiroler haben die unerschütterliche Hoffnung, daß der Tag kommen wird, an welchem uns Gerechtigkeit und weitschauende Politik die nationale Befreiung bringen werden.“<sup>4</sup> Nur: Anstelle der Befreiung kommen die Knechtung und der Versuch der Majorisierung durch den Faschismus und schließlich der „Lösungs“-Versuch zweier Diktaturen, der faschistischen und der nationalsozialistischen, das Südtirolproblem ein für alle Mal durch die Option, das Umsiedlungsabkommen, aus der Welt zu schaffen.

## Und es bleibt dabei: Das Selbstbestimmungsrecht wird wieder verweigert

Die Südtirolerinnen und Südtiroler haben aber auch in der Dreifachentrichtung nicht aufgegeben. Sie haben Widerstand geleistet, sich angepasst, sind durchgetaucht oder sind ausgewichen, aufgegeben haben sie nicht. Und so bleibt die Lösung der Südtirol-Agenden auch nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Tagesordnung der Groß- und Siegermächte. Diesmal ist man vorgewarnt und bereitet sich besser vor. So hat sich

<sup>4</sup> Bozner Nachrichten vom 10. Oktober 1920, S. 1.



Übergabe der Unterschriften an Bundeskanzler Leopold Figl am 22. April 1946  
in Innsbruck

z. B. Kanonikus Michael Gamper, ein Gegner und Gegenspieler nicht nur des Faschismus, sondern auch der „Volksfeind Nr. 1“<sup>5</sup> des Nationalsozialismus in Südtirol, bereits ab Ende 1943 in Florenz an die Ausarbeitung eines äußerst kenntnis- und detailreichen Memorandums für die Alliierten gemacht, welches argumentativ stark und nachvollziehbar darlegt, warum Südtirol zum wieder erstehenden Österreich kommen sollte. Nur für den Fall, dass dies gar keine Aussicht auf Erfolg haben sollte, wird ein Vorschlag *in extremis* angeführt, nämlich „die Errichtung eines von anderen Staaten unabhängigen Tirol als neutraler Freistaat nach der Art der Schweiz“<sup>6</sup>. Dieses Memorandum endet stark mit folgender Aussage: „'Friede und Freiheit von Furcht' werden jedoch erst dann wieder in die Täler Tirols einziehen können, wenn dieselben von der so verhassten italienischen

- 5 Walter Marzari: Kanonikus Michael Gamper. Ein Kämpfer für Glauben und Heimat gegen Faschistenbeil und Hakenkreuz in Südtirol, Wien 1974, S. 150.
- 6 Rolf Steininger (Hrsg.): Ein Leben für Südtirol. Kanonikus Michael Gamper und seine Zeit, Bozen 2017, S. 273.



Die Einheit Tirols muss gewahrt werden. Protestkundgebung auf Sigmundskron 1946.

Fremdherrschaft und dem gegenwärtig auf ihnen lastenden Naziterror endgültig befreit sein werden. Bozen. Südtirol, Weihnachten 1944.<sup>17</sup> Auch parteipolitisch formiert man sich diesmal sofort gemeinsam. Am 8. Mai 1945, am Tage des Kriegsendes in Europa, gründet der Bozner Kaufmann Erich Amonn mit Gesinnungsgenossen die Südtiroler Volkspartei, die SVP, deren zentrales Anliegen das Selbstbestimmungsrecht und damit die Rückkehr zu Österreich ist. Dies kommt u. a. auch durch die Übergabe von etwa 160.000 Unterschriften an Bundeskanzler Leopold Figl und Außenminister Karl Gruber in Innsbruck sichtbar zum Ausdruck. Starken Ausdruck findet dieser Wunsch nach Selbstbestimmung auch in den Protestkundgebungen im ganzen Land, der seinen Höhepunkt mit dem emotionalen Ausruf von Parteiobmann Erich Amonn auf Sigmundskron findet: „Herr, mach uns frei.“<sup>18</sup>

7 Marzari: Anm. 5, S. 160. Steininger: Anm. 6, S. 276.

8 Franz Widmann: Es stand nicht gut um Südtirol. 1945–1972. Von der Resignation zur Selbstbehauptung. Aufzeichnungen der politischen Wende, Bozen 1998, S. 37.

Südtirol und das viergeteilte Österreich aber wiegen zu wenig auf dem Tisch der Interessen und des Machtpokerns der Großen. So wird Südtirols Anliegen wieder hintangestellt, obwohl es diesmal keinen Londoner Vertrag einzuhalten gilt, den Südtirolern so viel Unrecht im Faschismus und vielen auch im Nationalsozialismus geschehen ist. Von italienischer Seite wird einerseits die Option gegen die Südtiroler verwendet, andererseits scheint die 25-jährige Zugehörigkeit zum Staate Italien auch nicht bedeutungslos gewesen zu sein.

Das, was diesmal auf der Friedenskonferenz von Paris zustande kommt, ist ein Surrogat für das Selbstbestimmungsrecht: der Pariser Vertrag oder das Gruber-Degasperi-Abkommen vom 5. September 1946, das später zur „Magna Charta“ Südtirols avanciert, aber nach dem Abschluss ganz und gar nicht so gesehen wird. Es hätte allen sehr viel erspart, wäre dieses Pariser Versprechen gehalten worden.

### Der Pariser Vertrag

AUSTRIAN RESOLUTION  
TO THE PARIS CONFERENCE

- 2 -

1\* - German speaking inhabitants of the Bolzano Province and of the neighbouring bilingual townships of the Trento Province will be assured a complete equality of rights with the Italian-speaking inhabitants, with the framework of special provisions to safeguard the ethno-cultural character and the cultural and economic development of the German-speaking element.

In accordance with legislation already enacted or awaiting enactment the said German-speaking citizens will be granted in particular:

- (a) elementary and secondary teaching in the mother-tongue;
- (b) paritization of the German and Italian languages in public offices and official documents, as well as in bilingual toponymic naming;
- (c) the right to re-establish German family names which were Italianized in recent years;
- (d) equality of rights as regards the entering upon public offices, with a view to reaching a more appropriate proportion of employment between the two ethno-cultural groups.

2\* - The populations of the above mentioned areas will be granted the exercise of an autonomous legislative and executive regional power. The forms within which the said provisions of autonomy will apply, will be drafted in consultation also with local representative German-speaking elements.

3\* - The Italian Government, with the aim of establishing good neighbourhood relations between Austria and Italy, pledges itself, in consultation with the Austrian Government and within one year from the signing of the present Treaty:

- (a) to revise in a spirit of equity and broad-mindedness the question of the options for citizenship resulting from the 1939 Hitler-Mussolini agreements;
- (b) to find an agreement for the mutual recognition of the validity of certain degree and University diplomas;
- (c) to draw up a convention for the free passengers and goods transit between Northern and Eastern Tyrol both by rail and, to the greatest possible extent, by road;
- (d) to reach special agreements aimed at facilitating enlarged frontier traffic and local exchanges of certain quantities of characteristic products and goods between Austria and Italy.

*Gruber*  
5. September 1946  
*Legnani*

1. Die deutschsprachigen Einwohner der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Gemeinden der Provinz Trient genießen die volle Gleichberechtigung mit den italienischsprachigen Einwohnern, im Rahmen besonderer Maßnahmen zum Schutze der volklichen Eigenart und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Sprachgruppe. In Übereinstimmung mit den bereits erlassenen oder zu erlassenden gesetzlichen Maßnahmen wird den deutschsprechenden Staatsbürgern im Besonderen gewährt:

- a) Volks- und Mittelschulunterricht in ihrer Muttersprache;
- b) Gleichberechtigung der deutschen und italienischen Sprache in öffentlichen Ämtern und amtlichen Urkunden wie auch in der zweisprachigen Ortsnamengebung;
- c) das Recht, die deutschen Familiennamen wieder zu erwerben, die im Laufe der vergangenen Jahre italianisiert wurden;
- d) Gleichberechtigung bei Zulassung zu öffentlichen Ämtern zu dem Zwecke, eine angemessenere Verteilung der Beamtenstellen zwischen den beiden Volksgruppen zu verwirklichen.

2. Der Bevölkerung obgenannter Gebiete wird die Ausübung einer autonomen regionalen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt zuerkannt. **Der Rahmen**, in welchem die besagten Autonomie-maßnahmen Anwendung finden, wird **in Beratung auch mit örtlichen Vertretern der deutschsprachigen Bevölkerung** festgelegt werden.

3. Die italienische Regierung verpflichtet sich, zum Zwecke der Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Österreich und Italien nach Beratung mit der österreichischen Regierung und innerhalb eines Jahres nach Unterzeichnung vorliegenden Vertrages:

- a) Im Geiste der Billigkeit und Weitherzigkeit die Frage der Staatsbürgerschaftsoptionen, welche sich aus dem Abkommen Hitler-Mussolini vom Jahre 1939 ergibt, zu revidieren;
- b) eine Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der Gültigkeit gewisser Studientitel und Hochschuldiplome zu treffen;
- c) ein Abkommen über den freien Personen- und Güterverkehr zwischen Nordtirol und Osttirol auf dem Schienenwege und in möglichst weitgehendem Umfange auch auf dem Straßenwege zu treffen; d) Sonderabmachungen zur Erleichterung eines erweiterten Grenzverkehrs und örtlichen Austausches bestimmter Mengen heimischer Erzeugnisse und Güter zwischen Österreich und Italien zu treffen.

## Die „In-Gottes-Namen“- und nicht die „Gott-sei-Dank“-Autonomie<sup>9</sup> sowie der Perassi-Brief und die Folgen

Degasperi wollte vor allem *seinen Trentinern* eine Autonomie geben, und so nutzt er den für Südtirol vereinbarten Pariser Vertrag als Vehikel, gleichzeitig aber werden mit der Konstruktion der Region „Trentino-Tiroler Etschland“ die Südtiroler unter Kuratel gestellt. Möglich wird dies durch die absolut fragwürdige Interpretation des Wortes „Rahmen“ im Absatz 2 des Pariser Vertrages. Dass dieser „Rahmen“ „in Beratung auch mit örtlichen Vertretern der deutschsprachigen Bevölkerung“ festzulegen sei, wird ignoriert. Erst lautstarke Proteste bewirken schließlich eine Einbeziehung und einige Verbesserungen, aber zu einem hohen Preis.

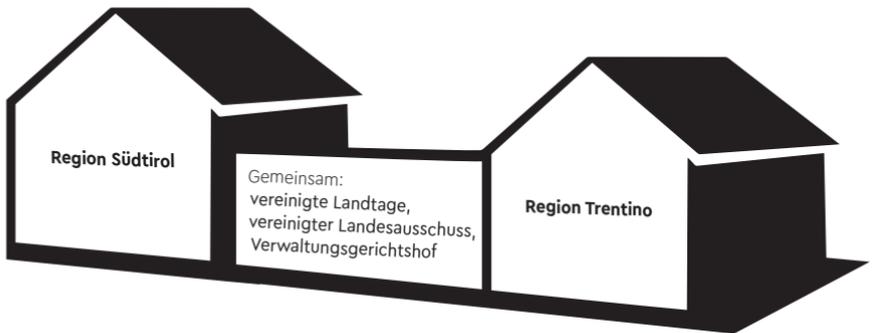
Dass eine Autonomie für Südtirol allein nicht erreichbar ist, muss die SVP bald erkennen und macht daher den Autonomievorschlag von „zwei getrennten Häusern mit einer gemeinsamen Garage“<sup>10</sup>, was aber nicht akzeptiert wird. Das Konstrukt der Region war ein Haus mit mehreren Wohneinheiten: Die größte Einheit gehörte der Region, die zweitgrößte der Provinz Trient, und die kleinste verblieb den Südtirolern. Sie bleiben bis zum 2. Autonomiestatut in diesem „Haus der Autonomie“ bittstellende Untermieter, eine ungeheure Zumutung für eine Bevölkerung, für die der Pariser Vertrag zustande gekommen war. Trotzdem kommt es – unter enormem Druck, wie sich später herausstellt – am 28. Jänner 1948 zur Unterzeichnung des berühmt-berüchtigten Perassi-Briefes, der u. a. Folgendes sagt: „So können wir mit lebhafter Freude feststellen, dass das Pariser Abkommen De Gasperi-Gruber

9 Claus Gatterer: Die italienisch-österreichischen Beziehungen vom Gruber-De Gasperi-Abkommen bis zum Südtirol-Paket (1946–1969), in: Innsbruck-Venedig. Österreichisch-italienische Historikertreffen 1971 und 1972, hg. von Adam Wandruszka und Ludwig Jedlicka, Wien 1975, S. 531.

10 Claus Gatterer: Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien, Wien-Frankfurt-Zürich 1968, S. 968.

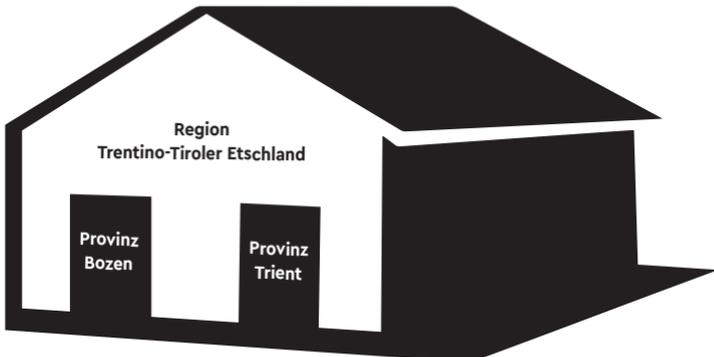
### SVP-Vorstellungen zur Umsetzung der Autonomie 1947:

Zwei getrennte Häuser mit einer gemeinsamen Garage



### Die Realität in der 1. Autonomie:

Statt eigenständiger Autonomie bleibt man Untermieter der Region



vom September 1946, soweit es das grundlegende Problem der Autonomie betrifft, nunmehr seine Verwirklichung gefunden hat.“<sup>11</sup> Tommaso Perassi war Präsident der 18er-Kommission, welche die Aufgabe bekommen hatte, alle Autonomieprojekte in Italien auf Güte und Konformität zu überprüfen und dann der verfassunggebenden Versammlung zu berichten.

### **Welche Umstände führen zum Perassi-Brief?**

Nachdem dieser Brief – unterzeichnet vom Parteiobmann der SVP, Erich Amonn, und dem Generalsekretär der SVP, Otto von Guggenberg, sowie dem Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Südtirols, Anton Foglietti – vor allem von 1956 bis 1969 immer wieder eine Rolle spielt, sollen die Umstände des Zustandekommens etwas näher beschrieben werden. Zum einen bekommen die Südtiroler – trotz anderer Bestimmungen – den Entwurf des Autonomiestatuts so wie alle anderen erst am 1. November 1947 in die Hand. Zum anderen ist das Optantendekret noch nicht in Kraft, d. h., an die 200.000 Menschen sind aufgrund der fehlenden Staatsbürgerschaft weder geschäftsfähig noch wahlberechtigt. Theoretisch hätten sie auch ausgewiesen werden können, womit De Gasperi auch immer wieder kokettiert.<sup>12</sup> Es wäre durchaus denkbar, dass es bei loyaler Umsetzung des 1. Autonomiestatuts ein Auskommen gegeben hätte. Unterstützung von außen kann man nicht erwarten, und so scheint den Verfassern des Briefes dieses Schreiben notwendig, will man das, was man an Abänderungen erreicht hat, tatsächlich nach Hause bringen. Es ist also „weniger Dank für erreichte Zusagen, als vielmehr Vorbedingung für die Konzessionen“<sup>13</sup>. Parteiobmann Amonn bemerkte dazu in seinen Aufzeichnungen: „Wir mussten aber bereit

11 Brief an T. Perassi, 28. Jänner 1948. Übersetzung. Südtiroler Landesarchiv, SVP Landesleitung Nr. 1032.

12 Tiroler Geschichtsverein, Sektion Bozen, Hg.: Option Heimat. Opzioni, Bozen 1989, S. 321; Stefan Lechner: Alles retour, in: Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Totaler Krieg und schwerer Neubeginn, Bd. III: 1940–1959, hg. von Gottfried Solderer, Bozen 2001, S. 80.

13 Gatterer: Anm. 9, S. 530.

sein, an On. Perassi einen Brief zu schreiben, in dem wir zum Ausdruck brächten, über die erzielten Forderungen hinaus nichts zu verlangen und den Pariser Vertrag als erfüllt zu erachten. Wenn wir dies täten, dann würden wir bald zu einem für uns vorteilhaften Ergebnis kommen, ansonsten sollten wir lieber [...] unsere Koffer packen.“<sup>14</sup>

Generalsekretär Otto von Guggenberg argumentierte 1958 so: „Die Annahme des Statutes stellte die Südtiroler Delegation vor eine schwere, schicksalsvolle Entscheidung. Wenn sie sich dazu entschloß, dann in erster Linie in der aus der Haltung Österreichs wie Englands (der einzig interessierten Großmacht) erwachsenen Erkenntnis, daß eine weitere Unterstützung aussichtslos war; weiters in der Befürchtung, daß bei Ablehnung die große Gefahr drohe, die Lösung der Autonomiefrage einer ungewissen Zukunft und damit des unbekanntem internationalen Kräftespiels zu überlassen. Diese Befürchtung war mehr als gerechtfertigt, denn schon damals zeigte sich deutlich, daß Italien als kommender wertvoller Partner im Kampf gegen den Osten von den Westmächten, insbesondere von den Vereinigten Staaten stark umworben wurde.“<sup>15</sup>

Alles das macht klar, wie schwierig die Aufgabe des Parteiobermannes Erich Amonn und des Generalsekretärs Otto von Guggenberg gewesen ist. Kanonikus Michael Gamper und Josef Widmann, der Vater des späteren Bozner Bezirksobmanns Franz Widmann, lassen das durchaus gelten, sprechen sich aber schärfstens gegen die von der Delegation abgegebene Loyalitätserklärung, den Perassi-Brief, aus. Aus ihrer Sicht

14 Widmann: Anm. 8, S. 85.

Erreicht wurde vor allem, dass das Unterland und die deutschen Gemeinden des Nonsberges (lt. Pariser Vertrag die „benachbarten zweisprachigen Gemeinden der Provinz Trient“) zu Südtirol kamen, es getrennte Wahlkreise für beide Provinzen geben sollte und für die Wahl drei Jahre Ansässigkeit Voraussetzung sein sollten, muttersprachlicher Unterricht, Gleichstellung der deutschen Sprache im Verkehr mit den Behörden und innerhalb der Verwaltungsgorgane gewährleistet sein sollte, die Übertragung der Verwaltung bei Gesetzgebungszuständigkeit der Region Zielsetzung war u. a. Siehe: Rolf Steininger: Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck 1997, S. 432/433.

15 Promemoria Otto von Guggenberg, 1958. Südtiroler Landesarchiv, SVP Landesleitung Nr. 1032.

konnte das Erreichte nie die „Verwirklichung“ der Autonomie sein.<sup>16</sup> Es war höchstens eine „In-Gottes-Namen-Lösung“. Sie sollten, gerade was die Umsetzung betrifft, mit ihrer Einschätzung absolut recht behalten. Aber nicht nur das. Die abgegebene Loyalitätserklärung ist zwar nach 1948 kein bleibendes Thema in Südtirol, der Perassi-Brief wird aber im Ringen um eine wirkliche Landesautonomie vonseiten Italiens immer wieder ganz gezielt als propagandistische Waffe gegen Österreich und gegen Südtirol eingesetzt.

Man sucht daher immer wieder nach Möglichkeiten, diesen Brief „unschädlich“ zu machen. Eine Erklärung, welche Erich Amonn dazu auf der Landesversammlung am 3. März 1956 gegeben hat, ist wohl zu wenig gewesen. Daher kommt es am 15. Februar 1957 vonseiten Erich Amonns, Otto von Guggenbergs, des Abgeordneten Karl Tinzl und des Senators Josef Raffener zu einer Erklärung, die angesichts der Situation und der nicht eingehaltenen Versprechen durchaus klarer hätte ausfallen können: „Vor allem versteht sich von selbst, daß durch das Autonomiestatut lediglich die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Punktes 2 des Pariser Vertrages geschaffen werden konnten und sollten, das Statut allein jedoch keineswegs schon dessen Verwirklichung bedeutete und daß daher das Schreiben nur in diesem Sinne gemeint war und gemeint sein konnte, d. h., die Verwirklichung hatte zur selbstverständlichen Voraussetzung, dass die im Autonomiestatut enthaltenen Zusagen auch eingehalten würden.“<sup>17</sup> Der Perassi-Brief wird bis zur Landesversammlung im November 1969 immer wieder eine Rolle spielen, indem das Ja zum Paket von dessen Gegnern als ein zweiter Perassi-Brief, wenn nicht schlimmer, apostrophiert wird.

16 Marzari: Anm. 5, S. 181; Widmann: Anm. 8, S. 88.

17 Erklärung vom 15. Februar 1957. Südtiroler Landesarchiv, SVP Landesleitung Nr. 1032.

## Der „Todesmarsch“ und die Politik der 51 Prozent<sup>18</sup>

Es sind immer auch Schlagworte und kurze prägnante Aussagen, Ereignisse oder Taten, die Zustände, Befindlichkeiten, Situationen auf den Punkt bringen und die dann als Fixpunkte einer logischen Abfolge erscheinen. So scheinen der „Todesmarsch“ 1953, die Vorlage des SVP-Memorandums 1953/54, der Austritt Hans Dietls aus der Regionalregierung 1955, die Wachablöse in der SVP und das „Los von Trient“ von Sigmundskron 1957, der Austritt der SVP aus der Regionalregierung 1959, die Befassung der UNO wie zwangsläufig miteinander verbunden. Sie sind auch die Konsequenz eines totalen Unverständnisses seitens der bestimmenden Kräfte im Staat und in der Region für die Notwendigkeiten der Minderheiten im Umsetzen der Autonomie. Rückschritte, nicht Fortschritte, ständige Verzögerungen waren es, die schließlich einen Kurswechsel hervorriefen.

Mit dem „Todesmarsch“ hat Kanonikus Michael Gamper schon 1953 den grundlegenden Satz vorausgeschickt, der das Gefühl der Entheimatung im eigenen Land mit jeder Maßnahme und Ablehnung nachvollziehbar macht. Alles das in Kombination mit dem Wissen um die Abwanderung der jungen Südtirolerinnen und Südtiroler und der Amputation durch die Option: „Es ist ein Todesmarsch, auf dem wir Südtiroler seit 1945 uns befinden, wenn nicht noch in letzter Stunde Rettung kommt.“<sup>19</sup> Wenn auch die Zahl, die Kanonikus Gamper als Grundlage für seine Aussage nimmt, 50.000 zusätzlich zu den im Faschismus schon Zugewanderten, zu hoch angesetzt ist, die Zuwanderung aus dem Süden bleibt eine Tatsache. Und es gibt wohl noch genügend Funktionäre und politisch Verantwortliche, die die 51 Prozent Italiener im Lande als Zielsetzung

18 Steinger: Anm. 14, S. 502; Giorgio Mezzalana: Una seconda italianizzazione forzata? L'immigrazione italiana in Alto Adige dal 1945 al 1955, in: La difesa dell'italianità. L'Ufficio per le zone di confine a Bolzano, Trento e Trieste (1945-1954), a cura di Diego D'Amelio, Andrea Di Michele, Giorgio Mezzalana, Bologna 2015, S. 166 und 170.

19 Bemerkungen zu einem Kommentar, Dolomiten vom 28. Oktober 1953, S. 1.

sehen.<sup>20</sup> Aber: Alles autonomiepolitische Handeln im Sinne des Pariser Vertrages braucht als Basis die Mehrheit der Minderheitenangehörigen in diesem Lande.

Und die Zuwanderung geht munter weiter, man kann sagen, dass Italien die Zuwanderung durchaus gewünscht, wenn nicht gar gefördert hat. Sie ist zwar nicht mehr so massiv wie unmittelbar nach dem Kriege, aber sie hält an, während andererseits zunehmend mehr junge Südtiolerinnen und Südtioler auf Arbeitssuche abwandern.<sup>21</sup>

Das SVP-Memorandum von 1953 nimmt darauf Bezug. Neben den Beschwerden und Forderungen, insbesondere die Autonomie betreffend, steht jetzt die „künstlich begünstigte Zuwanderung“ als „schwerster Angriff“ auf die Volksgruppe im Mittelpunkt. Sehr prägnant ist formuliert: „Der Volksmord kann mit verschiedenen Methoden und Mitteln begangen werden [...] Der Staat kann auf direkte Eingriffe verzichten und das natürliche Übergewicht der Mehrheit gegen die Minderheit ausspielen [...] Dies geschieht auch, wenn die Mehrheit nicht daran gehindert oder sogar veranlasst wird, einstmals ausschließlich von der Minderheit bewohnte Gebiete nach und nach zu besetzen. Somit wird die Volksgruppe mit der Zeit nicht nur Minderheit im Staate, in welchem sie lebt, sondern auch in ihrem ureigenen Gebiete, das die Grundlage und die wesentliche Voraussetzung ihres Eigenlebens bildet.“<sup>22</sup> Dass man von dieser Politik nicht abgehen will, beweist

20 Mezzalana: Anm. 18, S. 177. Steininger: Anm. 14, S. 502.

21 Sabine Falch: Heimatfern. Die Südtiroler Arbeitsmigration der 1950er und 1960er Jahre, Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 17, Innsbruck 2002.

22 SVP-Memorandum: Memoriale presentato dai Senatori e Deputati Sudtirolesi riguardante la situazione del gruppo etnico tedesco e di quello ladino nel Tirolo Meridionale, mit Anlagen, 1953/54, italienischer Text im Besitz der Autorin, S. 2, 3, 7; Steininger, Rolf: Toni Ebner 1918–1981. Südtiroler Politiker, Journalist, Unternehmer. Eine politische Biografie, Bozen 2018, S. 147. Das Thema Zuwanderung hatte bereits im SVP-Memorandum vom 5. November 1946 eine wichtige Rolle gespielt. Dort steht u. a.: „Eine der allerwichtigsten und dringlichsten Aufgaben der lokalen Verwaltung wird es sein, der ungeordneten Einwanderung aus den anderen Provinzen des Reiches, die immer noch andauert, ein Ende zu setzen, und die seit Mai 1945 erfolgte Einwanderung rückgängig zu machen, weil diese Tatsachen dem Abkommen vom 5.9.46 widersprechen und den spezifischen Zweck dieses Abkommens illusorisch machen, die Erhaltung des Volkscharakters und die kulturelle und

die Ablehnung eines Beschlussantrages der SVP im Regionalrat, wo gefordert wird, das Gesetz über die staatliche Arbeitsvermittlung auch in Südtirol anzuwenden. Es hätte wohl eine Beschränkung der Zuwanderung bewirkt. Die „Dolomiten“ schreiben dazu: „Wir müssen Anklage erheben gegen die Verantwortungslosigkeit all jener Behörden und Stellen, die dieses Gesetz, das den wilden Zustrom von Arbeitslosen aus dem Süden nach Südtirol einstellen könnte, nicht anwenden. Die Leidtragenden sind in erster Linie die Arbeiter, die von zu Hause fortgehen müssen und arm wie eine Kirchenmaus einer unsicheren und oft bitteren Zukunft entgegen gehen.“<sup>23</sup> Auch das Gesetz gegen die Verstädterung, das nach wie vor in Kraft ist und in anderen Gegenden Italiens bei Städten mit mehr als 25.000 Einwohnern Anwendung findet, wird in Südtirol nicht angewandt. Es besagt, dass man in solchen Städten nur ansässig werden kann, wenn man dort nachweislich eine Arbeit hat.<sup>24</sup>

Diese Maßnahmen hätten zwar keine wirkliche Trendumkehr bewirkt, sie hätten aber erkennen lassen, dass man gewillt ist, etwas zum Besseren zu verändern.

Die Parole vom „Todesmarsch“ hat dem zunehmenden Gefühl der Entfremdung Ausdruck gegeben, und dies war die Grundlage für die Emotionalisierung im „Los von Trient“.

wirtschaftliche Entwicklung der einheimischen Bevölkerung zu gewährleisten. Ferner droht diese Einwanderung die gesunde soziale Struktur unserer Provinz zu zerrütten und beschwört die Gefahr von Störungen der öffentlichen Ordnung herauf; außerdem verschlechtern sich durch diesen Zustrom wenig empfehlenswerter Elemente die Sicherheitsverhältnisse. Die bisher diesbezüglich getroffenen Maßnahmen haben sich nicht als ausreichend erwiesen und werden in der Praxis durch Akte und Verfügungen untergeordneter Organe (Wohnungsamt, Einwohnermeldeamt usw.) umgangen.“ Das Memorandum der Südtiroler Volkspartei vom 5.11.1946 über die Fragen der künftigen Südtiroler Autonomie, Unterlagensammlung Nr. 5, hg. von der Landesstelle für Südtirol. Wissenschaftliche Abteilung, Bozen 1946, S. 5/6.

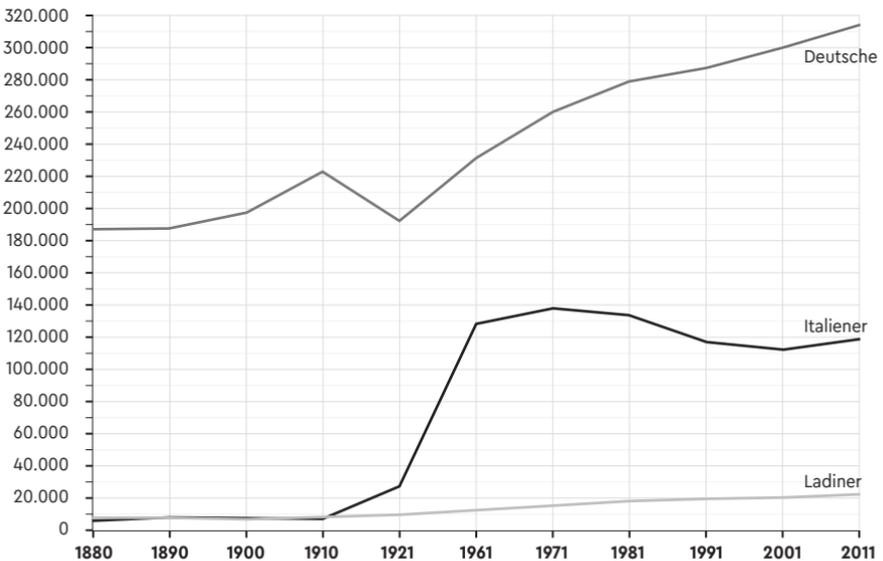
23 Widmann: Anm. 8, S. 161/162.

24 Mezzalana: Anm. 18, S. 166–170.

Die Restabilisierung der Volksgruppen durch die hohen Geburtenraten geriet etwas aus dem Blick. Dabei hätte gerade diese bildungs- und wirtschaftspolitisch zusätzliche Signale gebraucht.<sup>25</sup>

Und so geht Südtirol, die SVP, in die 1960er Jahre hinein, die am Ende die Annahme eines Paketes sehen. Die Zuwanderung spielt dabei weiterhin eine zentrale Rolle.

### Wohnbevölkerung nach Sprachgruppen laut Volkszählungen von 1880 bis 2011



25 Gatterer: Anm. 10, S. 1000–1004.

Jahre	Italiener	Deutsche	Ladiner	Andere (b)	Insgesamt
<b>Absolute Werte (a)</b>					
1880	6.884	186.087	8.822	3.513	205.306
1890	9.369	187.100	8.954	4.862	210.285
1900	8.916	197.822	8.907	7.149	222.794
1910	7.339	223.913	9.429	10.770	251.451
1921	27.048	193.271	9.910	24.506	254.735
1961	128.271	232.717	12.594	281	373.863
1971	137.759	260.351	15.456	475	414.041
1981	123.695	279.544	17.736	9.593	430.568
1991	116.914	287.503	18.434	17.657	440.508
2001	113.494	296.461	18.736	34.308	462.999
2011	118.120	314.604	20.548	51.371	504.643
<b>Prozentuelle Verteilung</b>					
1880	3,4	90,6	4,3	1,7	100,0
1890	4,5	89,0	4,3	2,3	100,0
1900	4,0	88,8	4,0	3,2	100,0
1910	2,9	89,0	3,8	4,3	100,0
1921	10,6	75,9	3,9	9,6	100,0
1961	34,3	62,2	3,4	0,1	100,0
1971	33,3	62,9	3,7	0,1	100,0
1981	28,7	64,9	4,1	2,2	100,0
1991	26,5	65,3	4,2	4,0	100,0
2001	24,5	64,0	4,0	7,4	100,0
2011	23,4	62,3	4,1	10,2	100,0

(a) Die Zahlen für die Jahre bis einschließlich 1921 beziehen sich auf die anwesende Bevölkerung, jene für die Jahre 1961, 1971 und 1981 auf die Wohnbevölkerung, jene für die Jahre 1991, 2001 und 2011 auf die Sprachgruppenerklärungen. In den Jahren bis 1961 wurde die Umgangssprache erhoben, in den Jahren 1971 und 1981 die Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe und in den Jahren 1991, 2001 und 2011 die Zugehörigkeit oder Zuordnung zu einer Sprachgruppe.

(b) Unter „Andere“ fallen in den einzelnen Jahren stets verschieden definierte Personengruppen:  
 1880: die „Einheimischen“ mit einer anderen Umgangssprache und die „Nichteinheimischen“; dasselbe gilt für 1890 und 1900;  
 1910: die Staatsangehörigen mit einer anderen Umgangssprache und die Nicht-Staatsangehörigen;  
 1921: die Ausländer;  
 1961: alle Ansässigen mit einer anderen Umgangssprache;  
 1971: alle Ansässigen, die sich zu keiner der drei Sprachgruppen zugehörig erklärten;  
 1981: die ansässigen Inländer ohne gültige Erklärung der Sprachgruppenzugehörigkeit und die ansässigen Ausländer;  
 1991: die ungültigen Erklärungen, die zeitweilig abwesenden Personen und die ansässigen Ausländer;  
 2001: die ungültigen Erklärungen, die zeitweilig abwesenden Personen und die ansässigen Ausländer;  
 2011: die ungültigen Erklärungen, die zeitweilig abwesenden Personen und die ansässigen Ausländer.

Quelle: ISTAT, Österreichisches Statistisches Zentralamt, Auswertung des ASTAT

## Zurück und vorwärts auf „Los“

Sichtbarer Ausdruck dessen, dass der Staat nicht zu einem vernünftigen Miteinander, zu einem Ausgleich der Interessen bereit ist, ist 1957 eine weitere römische Geldspritze für den Volkswohnbau. Es ist dies ein Eingriff in einen Bereich, der schon im 1. Autonomiestatut zu den primären Zuständigkeiten des Landes gehört. Klar ist dabei, dass es um die Schaffung von Wohnraum für die zuziehenden Italiener, den weiteren Versuch der Majorisierung geht. Deshalb kommen so viele nach Sigmundskron und unterstreichen damit das Verlangen des „Los von Trient“.

Bei der Übertragung von Verwaltungskompetenzen von der Region auf das Land bleibt die Hinhaltetaktik Normalität. Im eigenen Zuständigkeitsbereich wird vieles durch Nicht-Erlass von Durchführungsbestimmungen oder durch unmöglich annehmbare Durchführungsbestimmungen blockiert. Alles das hatte Hans Dietl schon 1955 veranlasst, als Regionalassessor für Landwirtschaft zurückzutreten und damit ein klares Zeichen des Protestes zu setzen. Nun aber brauchte es mehr: den Protest der Masse, die sich ihrer Rechte beraubt sieht und das einfordert, was ihr laut Pariser Vertrag zusteht: die eigene Landesautonomie. Und diese Forderung wird einer vorbringen, der erst vor Kurzem erstmals Verantwortung in Südtirol übernommen hat: Silvius Magnago.

Das Erbe, das Silvius Magnago am 25. Mai 1957 als Parteiohmann der SVP übernimmt, ist denkbar schwer. Das 1. Autonomiestatut ist in der Umsetzung eine reine Enttäuschung, statt Fortschritten in der Eigengestaltung müssen immer wieder Rückschritte, Einschränkungen, ständige Rückverweisungen von Gesetzen hingenommen werden. Als z. B. – nach Einsetzung des Verfassungsgerichtshofes 1956 – Beharrungsbeschlüsse vonseiten des Südtiroler Landtages zugunsten staatlich angefochtener oder aufgehobener Gesetze gefasst werden,



Die Protestkundgebung auf Sigmundskron mit dem „Los von Trient“ vom 17. November 1957

erlebt man ein wahres Waterloo: In 19 Fällen wird nur einmal dem Land recht gegeben und dies bei einem buchhalterischen Thema.<sup>26</sup> Im Leben von Silvius Magnago, dem langjährigen Parteiobmann der SVP und Landeshauptmann von Südtirol, gab es wohl drei Tage, die für ihn und für „sein“ Land entscheidend waren. Der erste ist der Tag,

26 Adolf Auckenthaler: Entstehung und Entwicklung der Südtirol-Autonomie, Völser Aicha 2017, S. 61-70.



Italiener aus südlichen Regionen bei ihrer Ankunft in Bozen

an dem der „Engel“, seine schöne junge Frau Sophia, am Krankenbett in Warschau „erschien“ und ihn nach einer schweren Kriegsverletzung bei Nikopol 1943 ins Leben zurückholte. Die Großkundgebung auf Sigmundskron vom 17. November 1957, auf der 35.000 Südtiroler die eigene Landesautonomie verlangten, ist der zweite Tag und die Landesversammlung der SVP vom 22. und 23. November 1969 der dritte entscheidende Tag. „Vom Glück, einen Magnago gehabt zu haben“, spricht der frühere Bezirksobmann des Vinschgaus, Robert Kaserer, und es war wohl auch so. Denn letztendlich hing vieles von ihm ab, wenn auch sicher nicht von ihm alleine. Zu seinem Erfolg haben auch seine Gegner beigetragen. Seine Fähigkeit, im richtigen Moment auf Touren zu kommen, die entscheidende passende und treffende Formulierung zu finden, eben das Richtige zu sagen, seine Fähigkeit, aus der Schwäche eine Stärke zu machen und dadurch die Chance zu haben, moralischer Sieger zu werden, seine unerschöpfliche Geduld, die er nur selten verlor, vor allem seine Glaubwürdigkeit, seine Unbestechlichkeit, aber wohl auch zwischendurch seine Härte, auch



Die „Feuernacht“ ist eine Folge des Unverständnisses des Staates gegenüber den Forderungen der Minderheiten.

Gegnern gegenüber, wenn es um die Sache Südtirols ging, ließen ihn schließlich das erreichen, was er gedehnt bis zum Letzten für möglich hielt und was Fundament zum Weiterbauen bot.

Auf Sigmundskron kommen Magnagos besondere Fähigkeiten zum ersten Mal entscheidend zur Geltung, und nach der eindrucksvollen Kundgebung der 35.000 ist man zunächst durchaus hoffnungsvoll, dass auf staatlicher Ebene etwas weitergehen könnte. Entsprechend bringen die SVP-Parlamentarier Karl Tinzl, Otto von Guggenberg und Toni Ebner 1958 auch einen Gesetzesentwurf für ein „Statuto speciale per il Südtirol – Tirolo del Sud“ im Abgeordnetenhaus ein. Allein, man muss zur Kenntnis nehmen, dass es keine Haltungsänderung gibt. Und nach der x-maligen vergeblichen Romreise des Parteiobmannes und Landeshauptmanns Silvius Magnago muss man feststellen, dass dies und auch die entsprechende österreichische Unterstützung zu keinem positiven Ergebnis geführt haben. Daher scheinen – aus heutiger Sicht – die Befassung der UNO mit dem Südtirolproblem und die Attentate in einer logischen Abfolge zu stehen. Die Attentate in

Südtirol, von den „Nadelstichen“ – Anschläge vor allem auf im Bau befindliche Volkswohnungen als Symbole der Majorisierung und auf Symbole des Faschismus – bis zur Feuernacht 1961, als etwa 40 Hochspannungsmasten gesprengt werden, sind nichts anderes als Ausdruck der Verzweiflung und des Unverständnisses, dass es bisher demokratiepolitisch und diplomatisch zu keiner gerechten Lösung gekommen ist. Sie sind auch Ausdruck des Gefühls, in der eigenen Heimat an Boden zu verlieren, ein Gefühl, das Sepp Innerhofer vom Befreiungsausschuss Südtirol (BAS) einmal so ausgedrückt hat: Man habe zum 150-jährigen Gedenken 1959 das Andreas-Hofer-Spiel nicht auf der Bühne „gespielt“, „wir haben es gelebt“.<sup>27</sup>

## Südtirol vor der UNO und wieder die Selbstbestimmung

1919 und 1945/1946 wäre die Selbstbestimmung eine realistische Möglichkeit im Rahmen der Nachkriegsordnung gewesen. Dieses Recht aber wurde von den Siegermächten verweigert, die Friedensverträge sahen jeweils anderes vor: Südtirol kam bzw. blieb bei Italien. Das Thema Selbstbestimmung hat in informierteren Kreisen in Südtirol mit dem Verlangen nach einer Volksabstimmung 1953 in Triest<sup>28</sup>, mit der „Saar-Abstimmung“ 1955 und dem Zypernkonflikt wieder Hochkonjunktur. Ab 1956 wird das Anliegen breiter diskutiert und zunehmend als realistische Möglichkeit empfunden. Man hat genügend Zeit gehabt, um zu verstehen, dass Italien nicht einmal gewillt war, das Wenige zu geben, wozu es sich mit dem 1. Autonomiestatut verpflichtet

27 Hans Karl Peterlini: Südtirols Bombenjahre. Von Blut und Tränen zum Happyend? Bozen 2005, S. 65.

28 1945 waren Triest und das Küstenland von Jugoslawien beansprucht worden. Das Gebiet wurde in der Folge in zwei Zonen eingeteilt, die A- und B-Zone. Die A-Zone mit Triest kam 1954 zu Italien, ohne Volksabstimmung, welche Ministerpräsident Giuseppe Pella 1953 gefordert hatte und die auch in Südtirol Hoffnungen weckte.

hatte. Nachdem die italienischen Regierungen Südtirol auch nach Sigmundskron, wo man sich auf das „Los von Trient“ eingeschworen hatte lassen, praktisch an der langen Hand verhungern lassen, wird 1960 die Selbstbestimmung wieder zu einem beherrschenden Thema. Die Stimmung ist derart aufgeladen, dass man davon ausgeht, dass auf der SVP-Landesversammlung 1960 die Basis dieses Recht verlangen wird.

### **Selbstbestimmung und Selbstregierung**

So ist die Vorbereitung der Landesversammlung der SVP 1960 ganz diesem Thema auch im Lichte der ins Visier genommenen UNO-Befassung gewidmet. Für eine „energische“ Resolution spricht sich gleich zu Beginn der Parteiausschusssitzung vom 13. April 1960 Parteiobmann Silvius Magnago aus, da „Österreich sowieso nicht sehr stark ist und nicht bereit ist, sehr viel zu tun“<sup>29</sup>. Diese Aussage Magnagos geht wohl auf die Südtirol-Besprechung in Innsbruck vom 1. August 1959 zurück. Bruno Kreisky, der erstmals als österreichischer Außenminister teilnimmt, wird dort mit dem Verlangen der Südtiroler konfrontiert, er solle das Selbstbestimmungsrecht vor der UNO zur Sprache bringen. Bruno Kreisky will die Risiken eines solchen Vorgehens nicht eingehen, und es gelingt ihm, die Delegation von diesem Vorhaben abzubringen. Für die SVP gilt es daher, bei der Landesversammlung ein „konkretes und konsequentes Programm“ zu bringen, „ansonsten werden wir dem Wunsche nach dem Selbstbestimmungsrecht, das auch unserem Wunsche entspricht, aber das wir heute nicht verlangen können, nicht mehr Herr werden“<sup>30</sup>, so Magnago. Er hat in dieser Sitzung schon klare Vorstellungen, was für Österreich vor der UNO zu fordern realistisch möglich ist.

29 Protokoll vom 13. April 1960, S. 1. Südtiroler Landesarchiv, SVP Landesleitung Nr. 725.

30 Ebd., S. 2.

Südtirol gilt heute als Musterbeispiel für erfolgreiche Minderheitenpolitik, die rechtlichen Grundlagen dafür mussten allerdings hart erkämpft werden.

Ein Meilenstein auf dem Weg zur konkreten Umsetzung war das Jahr 1969. Die in einer legendären Versammlung der Südtiroler Volkspartei im Kursaal von Meran hart erkämpfte Abstimmung zum „Paket“ am 23. November machten den Weg für ein zweites, erweitertes Autonomiestatut frei. Die Historikerin Martha Stocker beschäftigt sich anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums detailliert mit der „Paketschlacht“, diesem legendären, erbitterten Ringen um ein Für und Wider dieses umstrittenen Maßnahmenkatalogs. Dabei beleuchtet sie nicht nur das historische Ereignis selbst, sondern auch den Weg dorthin und analysiert dieses auch in seinen Auswirkungen bis heute.

ISBN 978-86-6839-431-8



9 788668 394318

[athesia-tappeiner.com](http://athesia-tappeiner.com)

19,90 € (I/D/A)